



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die politische Lage.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Preußen gezwungen sein, als Feinde der Regierung einzumarschiren, so wird die Bevölkerung sie gewähren lassen, aber ihnen nicht mit Blumen, weißgekleideten Jungfrauen und patriotischen Ansprachen entgegengehen. Sollte Hannover sich vertragsmäßig an Preußen binden, so wird dem letzteren für seinen Vertrag diejenige Controle prompter und loyaler Erfüllung fehlen, die nur die Vertreter des hannoverschen Volks zu üben im Stande sind. Möge man danach in Berlin seine Schritte bemessen.

Die politische Lage.

Die Ausichten auf Conferenz und Congress sind sicher geworden, die Landtage mehrerer Bundesstaaten sind eröffnet, und die Souveräne von Württemberg, Sachsen und Bayern haben in ihren Thronreden über aggressive Politik und ein geheimes Bündniß mit Oestreich zu beruhigen gesucht. Die Grundzüge, welche die preußische Regierung für eine Reform des deutschen Bundes den Regierungen mitgetheilt hat, sind veröffentlicht.

Jeder Tag, welcher den Ausbruch des Krieges verzögert, legt ein kleines Gewicht auf die Waagschaale des Friedens, denn auch in Oestreich beginnt der Kriegeifer zu verrauchen. Aber in der Stellung der feindlichen Staaten zu einander ist keine Besserung eingetreten, ja die pariser Conferenz droht die Verwickelung zu steigern, und es ist sehr wohl möglich, daß ein Krieg, der von beiden deutschen Großmächten ohne zwingende Nothwendigkeit heraufbeschworen wurde, grade dann unvermeidlich wird, wenn in den Cabineten Abspannung und Unsicherheit die Oberhand gewonnen haben. Dann würde furchtbar die alte Sage von dem Lehrling exemplificirt werden, der die Besen zu Wasserträgern umgewandelt hat und seine Geister nicht mehr zu beschwören vermag.

Die Stellung Preußens und Oestreichs bei der bevorstehenden Conferenz ist sehr verschieden. Der politische Besitzstand Preußens ist nach keiner Richtung in Frage gestellt, Preußen erhebt nur Ansprüche auf die Elbherzogthümer und auf eine Reform des deutschen Bundes sowohl im eigenen als gemeinsamen deutschen Interesse, die Reform des Bundes ist eine innere deutsche Angelegenheit, zu welcher die Garantiemächte bei der höflichsten

Interpretation ihrer Stellung so stehen, daß sie erst wenn die Reformpläne zur Thatsache werden, ein Anrecht auf Erklärungen und Abgabe von Willensäußerungen erhalten. In dem gegenwärtigen Stadium würde ein Eingreifen des Congresses nicht nur das Ehrgefühl unserer Nation tief verletzen, es würde auch gänzlich unberechtigt und endlich völlig unnütz sein; über Pläne und Projecte für Reformen vermag eine Conferenz überhaupt nicht zu urtheilen. In deutschen Verfassungsänderungen steht die erste Berathung und Beschlußfassung bei einem Parlament deutscher Nation, die erste Zustimmung bei den Regierungen des Bundes. Wenigstens die Westmächte der Conferenz haben Grund, sich zu wahren, daß sie die liberale Grundlage ihres eignen politischen Handelns nicht mit Füßen treten. Preußen und der Bund, soweit dieser bei der Conferenz vertreten ist, würden die Aufgabe haben, die Einmischung des Auslandes, falls diese überhaupt ernsthaft versucht wird, im gegenwärtigen Stadium dieser Frage als nicht opportun zurückzuweisen, und wir theilen zur Zeit nicht die Sorge, daß diese Angelegenheit in Paris die größten Schwierigkeiten bereiten wird.

In der Frage der Elbherzogthümer erhebt Preußen Ansprüche, welche rechtlich zweifelhaft, aber factisch im wirklichen Interesse Deutschlands und Preußens sind. Die beispiellose Art, in welcher diese Angelegenheit bis jetzt durch die Regierung behandelt wurde, hat auch seinen bestberechtigten Forderungen eine europäische Unpopularität gegeben, die dadurch gesteigert wird, daß in den Herzogthümern selbst der gute Wille des Anschlusses an Preußen gegenwärtig nur in kleiner Minorität lebt. Bei solchem Sachverhältniß werden die Ansprüche Preußens keinen leichten Stand haben. Aber diese Ansprüche sind ihrer Natur nach elastisch, eine Restriction derselben ist keineswegs einem Verlust an Landgebiet zu vergleichen, und noch immer ist eine Erledigung dieser Frage denkbar, welche Preußens Ehre und berechtigten Ansprüchen Genüge thut, ohne daß dem Staat dafür nach irgendeiner Seite ein Opfer zugemuthet werden dürfte. Es scheint uns, daß dies auch von patriotischem Urtheil zuweilen verkannt wird. Der preußische Staat ist gar nicht in der Lage, daß ihm irgendein Gebietsaustausch zugemuthet werden darf, nicht das Kohlenbecken Saarbrückens oder Oberschlesiens und nicht die Wälder der Grafschaft Glatz. Es ist weder preußisches Bedürfniß, sich in der Weise zu vergrößern, daß es sich einen kleinen Lappen Land abschneidet und einen größern ansetzt, noch ist es ein wirkliches Interesse Europas, ihm solche Veränderung zuzumuthen.

Weit anders steht die Sache mit Oestreich. Von dem Kaiserstaat wird die Abtretung Venetiens gefordert werden müssen, wie schonend auch die Form sei, wenn nicht um Geld, dann um eine andere Gebietsentschädigung. Wir wissen nicht, wie weit der Kaiser von Frankreich Urheber des Vorschlags ist, welcher in der letzten Woche durch pariser Blätter gemacht wurde, daß solche Entschädigung am besten in den Nordprovinzen der Türkei gefunden werden

könnte. Wie es auch um den Ursprung dieses französischen Auskunftsmittele stehe, es ist keine neue Erfindung, aber es enthält trotz nabeliegender Bedenken die einzige Möglichkeit einer friedlichen und versöhnenden Lösung. Und da seit achtzehn Jahren dies Blatt für dieselbe Lösung der italienischen Frage plaidirt hat, wird es hier erlaubt sein, darauf einzugehen. Es sind oft die nabeliegenden Wahrheiten der Politik, welche bei den Interessenten am schwersten gebührende Berücksichtigung finden. Das Cabinet von Wien hat sich durch die Empfindung, daß seine Beamten- und Colonisationskraft ohnedies nicht ausreiche, den östlichen Länderbesitz vollständig für die höchsten Staatszwecke zu verwerthen, abhalten lassen, einer Lebensfrage seiner Zukunft dauernde Beachtung zuzuwenden; und doch ist ihm seit der Wiedergeburt Italiens der Gewinn der Süd-Donauländer eine unabweißbare Nothwendigkeit geworden. Denn es handelt sich für Oestreich auf die Länge nicht mehr um die Behauptung Venetiens, sondern um die Sicherung von Triest und Dalmatien. Schon jetzt ist Dalmatien zur Hälfte italienisch; in wenig Jahrzehnten wird der Kampf, wie jetzt um das Festungsviereck und Venedig, so um Istrien und das Küstenland der griechischen Halbinsel entbrennen. Dalmatien, jetzt ein langer schmaler Küstensaum ohne Hinterland ist thatsächlich auf Italien angewiesen, Handel, Städtegeschichte, Charakter und Nationalität der gebildeten Classen ziehen dorthin, schon vermag die italienische Flotte das adriatische Meer zu segeln. Gegen diesen drohenden Verlust giebt es nur eine Rettung, das Küstenland mit den Interessen einer ackerbauenden Bevölkerung in fruchtbarem Hinterlande zusammenzubinden. Bosnien und Albanien umfassen ein Ländergebiet, halb so groß als das Königreich Ungarn mit Siebenbürgen und den slavischen Königreichen, seinem Boden nach eins der fruchtbarsten Länder Europas, das darum seinen Werth nicht verloren hat, weil es fast 600 Jahre wie todt dalag. Ein solcher Erwerb wäre für Oestreich in den ersten Jahren fast so geringer Vortheil, als jetzt der Besitz Venetiens, viel Last und keine große Ehre. Er wäre aber in Wahrheit werthvoller als Bayern oder Schlesien. Denn dieser Besitz würde den Kaiserstaat zu etwas machen, was ihm jetzt allmählig immer mehr bezweifelt wird, zum wahren Herrenstaat des südöstlichen Europas und zu einem wohlthätigen und vielleicht dauerhaften Mitglied in der Staatenfamilie unseres Welttheils.

Unterdeß beschäftigen die Vorschläge der preussischen Regierung für Bundesreform die Aufmerksamkeit. Sie machen allerdings den Eindruck einer flüchtig hingeworfenen Skizze, und schwerlich wird die ganze Reformfrage Bedeutung gewinnen, so lange das Waffengeöse in Deutschland dauert. Aber die beiden Grundzüge derselben, Nationalvertretung und dadurch bewirkte Aufhebung der Stimmeneinheit unter den Bundesgliedern, enthalten doch alles, was wir zunächst brauchen, um zu einer zeitgemäßen Umgestaltung des Bundes

durchzudringen. Bei den Volksvertretungen der einzelnen Staaten steht es jetzt, ihren Regierungen die Annahme dieser Grundlagen zu empfehlen.

Vor allem aber die Bewahrung des Friedens. Die Rüstungen der Mittelstaaten sind hervorgerufen worden zunächst durch das Mißtrauen gegen die Annexionspolitik des preußischen Ministerpräsidenten. Dieses Mißtrauen hat nach Königswort Sachsen und Bayern zu keinem Vertrag mit Oestreich betrieben. Aber unleugbar ist der stille Hintergedanke aller Mobilmachungen mehr oder weniger undeutlich der einer künftigen Coalition mit Oestreich gegen Preußen. Allerdings hat nicht diese Eventualität allein in die Waffen getrieben. Denn auch Oestreichs fühlte man sich noch vor Kurzem nicht sicher, ja man hielt die Möglichkeit nicht für ausgeschlossen, daß die beiden kriegsführenden Mächte sich zuletzt auf Kosten anderer Bundesstaaten einigen könnten. Ob diese geheime Sorge irgendwie berechtigt war, ist hier gleichgültig, sie kann jetzt weder Grund noch Vorwand für eine kriegerische Politik werden, da Preußen sich bereit gezeigt hat, mit den Regierungen der Mittelstaaten in der gegenwärtigen Krisis Verträge abzuschließen, welche Anerkennung der Neutralität und Bestigstand garantiren. Da man thatsächlich Preußen als den Angreifer scheut, so ist doch für Regierung und Land vortheilhafter, durch einfachen Vertrag ein Unglück abzuwenden, als durch Ausgabe von Millionen, durch Störung des Verkehrs das Schicksal, welches man zu vermeiden beabsichtigt, grade über das Land heraufzubeschwören. Bewaffnete Neutralität ist auch für eine Großmacht ein zweischneidiges Schwert, welches den Frieden ebenso gut verwunden als erhalten kann, für einen kleineren Staat zwischen großen ist es gradezu Provocation der Gefahr; und doch nicht wirksam genug, um der einbrechenden zu steuern.

Unterdeß dauern die Kriegsrüstungen der beiden Großmächte unablässig fort, ihre Grenzen, die Wagen ihrer Schienenwege starren von Bajonetten, und für beide Mächte wird schnelle Entscheidung mit jedem Tage wünschenswerther. Die Kosten der Rüstungen in Preußen mögen sich in diesem Augenblick schon auf 35 bis 40 Millionen belaufen, die Verluste an Capital und Arbeitskraft in diesen Wochen sind mit der dreifachen Summe zu niedrig angeschlagen, und noch immer hat das preußische Volk Grund zu der Frage, weshalb? Dort ist die Aufgabe des Volkes jetzt eine große; die Söhne, welche unter den Waffen stehen, und die Väter, welche daheim für das neue Abgeordnetenhaus wählen und ihrem Könige die Meinung der Bevölkerung über die Lage des Staates ans Herz legen, beide werden als Männer ihre Pflicht zu thun wissen, bis zum Aeußersten. Diese Pflicht ist, mit den innern und äußern Feinden ihres Staates ihre Rechnung auf gut Preußisch abzumachen, ohne Gemüthlichkeit, aber gewissenhaft, und in klingender Währung.